

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeitungspreis für den Monat incl. Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-QL / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Geschäftsleitung: Dresden-QL, Osterbahnstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklameweile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-QL, Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Sonnabend, den 8. Januar 1927

Nummer 6

Die Stufe zur Diktatur

Regierungsbildungen — Kälz vor den Toren

Die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien in Sachsen und der USPS haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Am Montag soll erneut verhandelt werden. Die USPS will nicht allen Einfluss auf die Arbeiter verlieren. Sie kämpft um ihr Renommee, sie möchte beweisen, daß sie eine „Arbeiterpartei“ sei. Praktisch läuft der Kampf der USPS darauf hinaus, sie will sich die Möglichkeit der Rückkehr in die SPD offenhalten. Weiter führt sie im Einverständnis und im Auftrag des Parteivorstandes, den Kampf um die Große Koalition in Sachsen. Dabei befürchtet sie, bei einem eventuellen Wahlgang vollständig aufgegeben zu werden, sie läßt deswegen alle propagandistischen Mittel springen. Die Deutschnationalen haben erklärt, daß sie die Regierung eventuell unterstützen werden, wenn diese eine Reihe Bedingungen auch in der Zusammenfassung erfüllt.

Die USPS fordert nun, wie bekannt wird, bei den letzten Verhandlungen 3 Minister für sich. Sie will den Ministerpräsidenten, das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium behalten. Diese Forderung begründet der Volksstaat damit, daß er erklärt, die USPS sei eine Arbeiterpartei, die die Interessen der Arbeiter vertreten wolle. Ja, noch mehr, die vier einflussreichsten Abgeordneten müssen auch die Sachwalter der armen „verhetzten“ sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter sein, die noch nicht erkannt haben, was ihnen förderlich ist. Nun, die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter hatten über drei Jahre lang Gelegenheit zu sehen, wie die „Sachwalter“ ihre „Interessen vertreten“ haben. Sie bedachten sich nur einer weiteren solchen „Interessenvertretung“. Sie wissen, wie die USPS mit 4 Ministern bisher die Interessen der Arbeiter wahrgenommen. Wenn ihnen jetzt drei Minister zugewilligt werden, dann werden diese 3 Minister weiterhin die Sachwalter des Bürgertums sein und jeden Befreiungskampf der Arbeiter bekämpfen.

Die Monarchen, die die USPS in Sachsen führt, sollen der SPD im Reich helfen, in die Große Koalition zu kommen. Die Demokraten in Sachsen bemühten sich schon, den Deutschnationalen sozial Entgegenkommen zu zeigen, daß diese die Regierung unterstützen. Man brachte von diesen, für das Innenministerium den Schmutz- und Schundminister und derzeitigen Republikaner Kälz in Vorschlag.

Dieser „Demokrat“ hat nun gerade in Stuttgart auf einer Parteitagung seiner Partei eine Rede gehalten, die für Sachsen, in Verbindung mit dem gemachten Vorschlag, besonders beachtlich ist. Auf dieser Tagung sprach Kälz zwar nicht zu seiner Wahl nach Sachsen, aber zur Bildung der Reichsregierung. Er erklärte dort:

„Im Moment eines starken außenpolitischen Erfolgs sei die Reichsregierung gestürzt, weil die beiden Klügelparteien des Reichstages es für zweckmäßig hielten, gerade in diesem Augenblick und gerade vor einer fünfjährigen Parlamentswahl die tatsächliche Frage der Wehrbildung durch eine Regierungskrise anzusetzen durch rasige und leidenschaftliche Verhandlungen über die politische Problematik zu klären. Bei der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur des deutschen Volkes sei eine Konsolidierung des staatlichen Lebens nur durch eine Politik der mittleren Linie zu erreichen. Auf einer solchen Linie müsse das Parlament die Regierung aber auch wirklich arbeiten lassen. Ein bekannter britischer Staatsmann habe den auch für uns sehr beachtlichen Satz gesprochen: die Stärke unseres Systems liegt darin, daß das Parlament niemals regieren wolle. Für uns gilt es, einen Zustand zu erreichen, bei dem die Regierung auch wirklich regieren kann und nicht dauernd im Kampf der Parteien gerrieben wird.“

Diese Erklärung ist deutlich, Kälz will die Diktatur. Er will die demokratische Maske lassen, er läßt auch Parlamente und Parlamentarier. Auf die Kosten kommt es nicht an, aber zu lassen dürfen diese Parlamente nichts haben. Sie können Wünsche und Beschwerden vordringen, aber die Regierung soll unabhängig von diesen Parlamenten sein. Es soll keine Mißtrauensvoten geben. Man will zurück zu dem Zustand, der vor dem Jahre 1918 bestand. Man ist dabei bereit, an die Stelle des Kaisers einen Präsidenten zu setzen. Aber sonst will die Schwereindustrie in Ruhe ihre Rationalisierung durchführen. Der wirtschaftlichen Konzentration, der Festigung des Ausbeuterstandpunktes soll dieselbe Form in der Politik folgen. Das sind die Pläne der Industriellen, die hier von dem Demokraten Kälz vertreten werden.

Wenn die Reaktion sich auch jetzt noch nicht getraut, diese Schritte sofort durchzuführen, so soll das nächste Kabinett aber die Stufe zu dieser Diktatur sein. Wenn dann Konflikte mit dem Reichstag entstehen, dann wird man drohen, ihn nach Hause zu schicken und ohne Reichstag zu regieren. Dann werden die tapferen Volksvertreter fesseln und sich unterwerfen. Die Demokraten und jetzt in Idealankunft mit diesen die Sozialdemokraten, werden die Rolle seiner „Majestät“ getrauten Opposition, die sie vor dem Jahre 1918 schon innehatten, wieder

übernehmen. Kälz verdrämte diese reaktionäre Absicht zwar damit, daß er viele Worte von ethischen Reuegesetzen sprach, er proklamierte die Republik als die einzig gegebene Staatsform natürlich die Republik der Kapitalisten. Er sprach auch von der Reichswehr, die republikanisch sein müsse. Nun, wir haben oft genug gezeigt, wie „republikanisch“ diese Reichswehr ist. Kälz jammerte auch über die hohen Erwerbslosenzahlen, die ihn schwere Sorgen machen. Wie aber die Erwerbslosigkeit behoben werden solle, wie man auch mit die Notlage der Erwerbslosen zu lindern gedenkt, davon hörten wir kein Wort. Dafür kündete Kälz noch eine andere Maßnahme an, die nach außen hin heilsamer wie ein Fortschritt aussieht, im Kern aber reaktionär schlimmster Art ist.

Kälz will den bevorstehenden Finanzausgleich zur Straungierung einzelner Staaten bringen. Er erklärte, die staatlichen Finanzen seien auf das äußerste angepannt. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werde ein hartes Stück Arbeit sein. Er werde zwangsläufig das Problem der Verstaatlichung in Flag bringen, hier und da vielleicht auch an der Struktur des Deutschen Reiches nicht haltmachen. Vorkaufstaaten, deren Dasein nur auf dynastischer Tradition beruhe und nicht auf innerer sozialer Begebenheit, hätten keinen Anspruch mehr auf Eigenstaatlichkeit.

Wenn man diese Erklärung oberflächlich betrachtet, könnte man annehmen, der „derzeitige Republikaner“ sei auf dem besten Wege, eine alte sozialistische Forderung, eine Forderung von „Karl Marx“, anzuerkennen. Schon „Karl Marx“ stellte die Forderung nach einem einheitlichen Deutschland. Kälz verkündet jetzt die Aufhebung der „Vorkaufstaaten“. Bedeutet das die Herstellung eines einheitlichen Deutschlands? Keineswegs, hier werden ganz andere Ziele verfolgt. Gewiß, die Großbourgeoisie hat ein Interesse an einem möglichst einheitlichen Deutschland, aber will sie z. B. Bayern und Preußen, oder auch Württemberg als selbständigen Staat aufheben? Sie denkt nicht daran. Ihr Appetit richtet sich nach Hamburg, Bre-

men, Lübeck, wo die Arbeiter radikaler ihre Forderungen vertreten, wo sie sich Einfluss verschafft haben, und vor allen Dingen nach Sachsen, wo ganz besonders der starke Einfluss der Arbeiter und ihre radikale Stellung auf das Reich föhrend einwirkt. Die reaktionären Staaten will man bestehen lassen, während man die radikalen, unter dem Einfluss der Arbeiter stehenden Gebiete in solche reaktionären Staaten aufgehen lassen will, um diesen Einfluss zu beseitigen, ihn auf ein geringes Maß zu beschränken. Man will die verantwortlichen Regierungskräfte aus diesen Staaten weiter entfernen, sie dem Druck der radikaleren Arbeiterschichten entziehen. Wir haben letzten Endes nichts gegen ein vollständig einheitliches Deutschland, aber gegen die Pläne, die sich hinter den Ausführungen des Innenministers Kälz verbergen, muß man sich besonders in Sachsen jetzt mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Eine besondere Frage, die wir dann bei gegebener Zeit behandeln werden, ist die damit in Verbindung gebrachte Aufhebung der Landesparlamente.

Die oben von uns gebrachten Ausführungen des Demokraten Kälz zeigen, daß er „ganz besonders geeignet“ wäre, in Sachsen Innenminister zu werden.

Wie verhält sich nun die SPD in Sachsen zu der Regierungsbildung? Sie bleibt passiv. Sie will keine Bewegung der Arbeiter, sie unterstützt nach wie vor die Bildung des Bürgerblocks durch ihr untätiges Verhalten. Die Reaktionen marschieren.

Im Reich liegen die Dinge auch so. Die Deutschnationalen drängen in die Regierung. Die SPD, die sich ausgeschaltet sieht, kommt, daß man doch versprochen habe, sie aufzunehmen. Wenn man jetzt dieses Versprechen breche, dann können die bürgerlichen Parteien, die dieses Versprechen gegeben haben, von den auswärtigen Regierungen doch nicht ernst genommen werden. Damit, daß die SPD auch im Reich zupunkt, bezeugt sie deutlich, daß sie auf der Seite des Bürgertums steht.

Die Front der Arbeiter muß stärker aufmarschieren. Es kann nur eine Lösung geben:

Auflösung des Reichstages!
Aufflösung des Sächsischen Landtages!

500 Millionen für Reichswehr

Der getarnte Reichswehretat — Die „übertragbaren“ Fonds

Die Mittel für die schwarzen Bezirkskommandos

Dresden, den 8. Januar 1927.

Der Reichswehretat für 1927, der im letzten Augenblick vom Reichswehrministerium einer Umfrischung unterzogen worden ist, ist dieser Tage den Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Reichstages zugegangen. Eine Kontrolle der Etatsposten zeigt, daß die wirkliche Verwendung der vorgesehenen Summen zum großen Teil für ganz andere Zwecke erfolgt, als das Reichswehrministerium offiziell angibt. Geht er jetzt seine alte Methode fort, nicht nur einen getarnten Heeresetat zu organisieren, sondern auch den Etat seiner Bürgerkriegswehr mit fingierten Zahlen vorzulegen.

Der Etat der Reichswehr (ohne Marine) sieht für das Jahr 1927 443 410 000 Mark an laufenden und 45 600 000 Mark an einmaligen Ausgaben vor. Der Reichswehretat ist also noch um fast 7 Millionen Mark höher als im Jahre 1926. Daß aber die Steigerung der rein militärischen Ausgaben in Wirklichkeit mehr als 10 Millionen Mark in diesem Jahr beträgt, ergibt sich aus Streichungen bei den personellen Ausgaben um 2 395 550 Mark und Verpflegung und Unterbringung mit zusammen etwa 970 000 Mark.

Daß die Reichswehr als Kaderarmee zur Auffüllung durch die fascistischen Verbände für den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft oder zur Auffüllung durch noch mehr Kanonensputter für künftige imperialistische Abenteuer gedacht ist, zeigt sich daraus, daß unter den etwa 100 000 Heeresangehörigen nur 36220 Mannschaften sind. Jeder von den 38 000 Gefreiten und Obergefreiten ist der Ausbildung nach ein Unteroffizier. Dann gibt es noch außer dem viele tausend Mann starken Offizierkorps noch 14 657 Chargierte, vom Unteroffizier bis zum Oberfeldwebel.

In dem Reichswehretat sind die Ausgaben für Heeresgerät und Waffen, für Instandhaltung und Neubeschaffung als sogenannte „übertragbare Fonds“ enthalten. Aus den Zahlen dieser Fonds kann man feststellen, daß sich aus ihnen viele Millionen für andere Zwecke erübrigen lassen — für die schwarze Reichswehr, ihre Ausbildung und Bemessung.

Typisch ist bei diesen „übertragbaren“ Fonds, daß unter anderer Firma mehrmals große Summen für den gleichen Zweck eingelegt sind. So sind zum Beispiel für Instandhaltung und Anschaffung von Postions und sonstigem Panzergerät 4 635 200 Mark als übertragbare Posten, der auch für andere

Zwecke verwendet werden darf, vorgelesen, während für den gleichen Zweck der Verstärkung und Ergänzung des Brückengerätes 800 000 Mark völlig genügend schon vorgesehen sind.

Für Instandhaltung und Ergänzung der Handfeuerwaffen wird die Riesensumme von 5 831 100 Mark gefordert, was über die wirklichen Kosten der Unterhaltung, Aufbewahrung und Ergänzung der offiziellen 100 000 Gewehre und Karabiner hinaus noch die Neubeschaffung von etwa 50 000 bis 60 000 Gewehren und Karabinern ermöglichen würde. Für Maschinengewehre ist für Instandhaltung und Ergänzung eine Summe von 8 464 700 Mark außer 300 000 Mark für Neubeschaffung vorgelesen; daneben für nur 288 Geschütze die Summe von 5 712 000 Mark und für 252 Minenwerfer 1 924 000 Mark. Allein diese Summen weisen eine Erhöhung von 2 237 500 Mark gegenüber dem Vorjahre auf. Alle diese Posten sind übertragbar.

Unter dem Kapitel „Munitionserwerb“ ist für Infanterie- und Maschinengewehrmunition 1 500 000 Mark, für Artilleriemunition 4 Millionen Mark und für Minenwerfermunition 216 000 Mark gefordert. Das sind einmalige Ausgaben. Bei den laufenden Ausgaben aber ist für genau den gleichen Zweck des Munitionserwerbes die ungeheure Summe von 32 388 000 Mark eingelegt. Diese Summen decken nicht nur die wirklichen Ausgaben, sondern ermöglichen, daß außerdem noch die gesamte Munition für ein weiteres Jahr vollkommen neu ersetzt werden könnte. Das größte in diesem Zahlenwirrwahl ist aber, daß außerdem noch ein übertragbarer Posten von 10 614 400 Mark für „Gefechts- und Geländeschulungen (!) und sonstige Übungen aller Waffen“ im Etat steht. Die Kosten für Märsche und Übungsreisen sind daneben etwa noch mit 6 Millionen Mark angelegt.

Nach all diesen Zahlen zeigt sich, daß es sich überwiegend um fingierte Zahlen in Reichswehretat handelt. Die wirkliche Verwendung der Gelder erlaubt die Offenheit nicht. Herr Geßler und seine schwarzen Bezirkskommandeure, Verbindungsleute und „Sportler“ wissen sehr genau, wo die Gelder hinkommen. Der neue Reichswehretat ist echt gefeierter Hebel. Geßler aber soll bleiben, nach dem Wunsch der ausschlaggebenden Teile der Bourgeoisie.

Die SPD-Führer haben bisher stets den Reichswehretat, den Etat für Gekler Bürgerkriegsgruppe, bewilligt.